

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtli. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1838.

Ursprungsweise: täglich (nur Werktag).

Bezugspreis: monatlich 8.90 Mark einschl. Postbedienstetgeld

oder Bremserlohn.

Telefon Nr. 82. — Postscheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

Verantwortlicher Redakteur Hans Kuhns,
Druck und Verlag der Firma Schmid'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die angepriesene 3-Militärmeterseite oder deren
Hälfte 70 Flg. Die 91 mm breite Reklameseite 210 Flg.
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeige bis 5 Uhr nachmittags des Vorabends.

Nummer 155

Limburg, Freitag, den 9. Juli 1920.

83. Jahrgang

Spaa.

Spaa, 7. Juli. (W.T.B.) Die dritte Sitzung der Konferenz stand heute nachmittag um halb 4 Uhr statt.

Reichsminister Simons schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die für Deutschland mit der Forderung auf sofortige Abgabe des Heeresmaterials und gleichzeitiger Herabsetzung der Truppenstärke verbunden seien, da wir, um das Material zu erlangen, im Falle Truppen einzuziehen müssten und auf eine ausreichende Sicherung unserer Produktion nur verzichten könnten, wenn die wirtschaftlichen Vereinbarungen in Spaa uns industriell und finanziell über die schwere Krise dieses Sommers hinweghelfen. Trotzdem wollen wir, dem Bunde Lloyd entsprechend, bestimmte Daten und Zahlen über die Materialablieferung und Heeresvermindezung geben. Wir hegten aber die Erwartung, daß die Alliierten durch weitere Verhandlungen Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage beweisen, daß sie uns bei Unterdrückung des Massenmugels aus dem befreiten in das unbesetzte Gebiet befreien und daß sie insbesondere auf dem Abmarsch der Garnisonen aus der sogenannten neutralen Zone nicht bestehen, da andernfalls dort Revolten, zum mindesten aber gewisse Beunruhigung der leitenden Industriekreise unvermeidlich seien.

Daraus legte General von Seestadt ausführlich den Plan gegen Ablieferung des restlichen Heeresmaterials und der militärischen Herabsetzung der Truppenstärke dar. Für erstes gab es ein Jahr, für letzteres fünf Jahre als Termin. Es ging besonders auf die große Zahl der in Deutschland noch befindlichen Gewehre ein, von denen technisch möglich noch beinahe drei Millionen abgeliefert seien und fast zwei Millionen keinen nachweisbaren Verbleib hätten. Die Vermindezung der Reichswehr sollte daher nur allmählich erfolgen. Sie sollte bis zum 1. September 1920 auf 190 000, bis 1. 1. 1921 auf 180 000, bis 1. 4. 1921 auf 160 000, bis 1. 7. 1921 auf 130 000 und schließlich bis 1. 10. 1921 auf 100 000 Rkm durchgeführt werden. Entsprechend würden die Infanteriebrigaden reguliert und gewisse Hilfsgruppen beschleichtigt ausgliedert werden. Für eine besondere Befreiung der militärischen Sachverständigen meldete er noch eine Reihe von Wünschen zur leichteren Verwaltung des Truppenbestandes an, die weder zahlenmäßig noch grundsätzlich dem Friedensvertrag widersprachen.

Lloyd George kritisierte die deutschen Vorschläge in langer Rede, die eigenen Angaben des Generals zeigten, wie verzagt die tiefe Besorgnis der Alliierten vor dem gegenwärtigen militärischen Zustand Deutschlands sei, da jetzt über die im Friedensvertrag vorgeschriebene Zahl hinaus noch drei Millionen Bewaffnete sich im Lande befänden. Das bedeutet eine beständige Bedrohung nicht nur der deutschen Regierung selbst, sondern aller Nachbarstaaten mit bolschewistischen Angriffen. Er begreife nicht, wie die deutsche Regierung daran denken könne, solche Zustände auch nur fünf Jahren, geschweige denn fünf Vierteljahrhabe sich zu dulden. Sie sollte jetzt eine Probe ihrer Macht geben. Die geforderte Verlängerung der Frist ginge weit über das notwendige Maß hinaus. Im übrigen schlug Lloyd George vor, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien sich über die im einzelnen abweichenenden Ziffern betreffend des Heeresmaterials, sowie über die Durchführung der Klausuren beglück der Marine und Luftflotte sofort verständigen sollten, daß die Leiter der Alliierten Delegationen mit ihren militärischen Haupsachverständigen die Vorschläge der deutschen Regierung beraten sollten. Morgen 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden.

Nach einem Schlusswort des Ministers Simons, der für die Beratung der Alliierten Dislokationsstarten für die Heeresdivisionen von 200 000 Mann und von 100 000 übergeben wurde, wurde die Sitzung um 6 Uhr 45 geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag Mittag anberaumt.

Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen zu der vorgeschlagenen und deutschsprachigen Sonderbesprechung zusammen. Dabei wurde über die Ziffern des Heeresmaterials Einverständnis erzielt.

Spaa, 7. Juli. Die heutige Sitzung der Friedenskonferenz hat abermals drei Stunden gedauert. Sie vollzog sich in freundlicheren Formen, als die bisherigen Sitzungen.

Spaa, 7. Juli. (W.T.B.) Der Vorsitzende der Konferenz, Delacroix, erklärte, es beruhe auf einem Mißverständnis, daß die Tagesordnung fünf Punkte umfassen soll, (Abrüstung, Wiedergutmachung, Kohlenlieferungen, Sanktionen und Danzig). Die Frage von Danzig solle nicht vor den Deutschen sprache kommen, sondern lediglich unter den Alliierten besprochen werden.

Spaa, 7. Juli. Der von den deutschen Delegierten in der Mittwoch Nachmittagsitzung unterbreitete Bericht ist im Dokument, das einfach die großen Umtüsse des Abwurfsplanes enthält, wonach die Entwaffnung in Etappen vor sich gehen soll. Der Bericht wird der Prüfungskommission der militärischen, maritimen und aeronautischen Sachverständigen überwiesen, in der Marshall Koch den Vorsitz führt, dem dieser Bericht unverzüglich unterbreitet werden soll.

Bрюssel, 7. Juli. (W.T.B.) Die "Nation Belge" sagt, daß man es in offiziellen politischen Kreisen für unmöglich halte, für heute einen Entwaffnungsplan zu formulieren und allen der Berliner Presse Instruktionen gegeben worden zu sein, die auf eine günstige Lösung schließen, sodass man annehmen könne, daß die augenblicklichen Problemen nur vorübergehend seien, und daß Deutschland sich sagen werde.

Spaa, 7. Juli. Nach Prüfung der türkischen Frage einigten sich die alliierten Delegationen über die heute nachmittag den Deutschen gegenüber einzunehmende Haltung. Sie beschlossen, keinerlei Diskussion zuzulassen. Die von den deutschen Delegierten unterbreiteten Berichte über die Frage der Entmilitarisierung sollen den militärischen Sachverständigen zur Begutachtung unterbreitet werden.

Spaa, 7. Juli. (W.T.B.) Ein Mitglied der polnischen Delegation gab einem Havas-Berater eine Erklärung ab, in der es heißt, die Deutschen suchten die Alliierten davon zu überzeugen, daß Deutschland nur dann eine Entschädigung leisten könnte, wenn es Überbleibseln behalte. Polen werde aber die oberschlesische polnische Bevölkerung niemals im Stich lassen. Polen verteidige nicht nur seine Grenze, sondern ganz Europa vor dem Bolschewismus. Die Marschälle Foch und Wilson hätten darüber beraten, auf welche Weise man Polen in militärischer Hinsicht helfen könnte. Lloyd George habe die englischen Oberkommissare in Danzig, Tower und Hasing nach Spaa berufen, um von ihnen Auskunft über diese Frage zu erhalten. Zur Regelung der Verwaltung des Danzig-Hafens werde Tower einen Auskunft aus der Polen und drei Danziger unter dem Vorsitz eines vom Böllerbund ernannten Sachverständigen erteilen. Der polnische Delegierte schloß mit der Erklärung, daß demnächst eine Koalitionsgouvernement die Geschichte Polens in die Hand nehmen werde.

Im Auftrag des polnischen Ministeriums des Innern hat sich laut "Polnischen Zeitung" auch der Vorsitzende des polnischen oberschlesischen Abstimmungskommissariats Koronny nach Spaa begeben. Er hofft zu erreichen, daß Deutschland zur strikten Neutralität während der Volksentscheid angehalten werde, sowie zu einer großzügigen wirtschaftlichen Auslegung des Ergebnisses.

Warschau, 6. Juli. Nach dem "Kurier Warszawski" hat Polen keine Aussicht, in Spaa einen Anteil an der deutschen Entschädigung zu erlangen.

Spaa, 7. Juli. (W.T.B.) Reichsjustizminister Dr. Heinrich traf mit dem Reichsanwalt Richter hier ein, um über das Reichsgerichtsverfahren gegen die sogenannten Kriegsverbrecher vor der Konferenz Auskunft zu geben. Außerdem wird Geheimrat Schmid vom Reichsministerium des Innern hier erwartet.

Paris, 7. Juli. (W.T.B.) Wie der Sonderberichterstatter des "Matin" aus Spaa meldet, hat der Chef der englischen Militärmission in Berlin, General Malcolm gestern abend in Spaa mit den Mitgliedern der deutschen Delegation verhandelt.

Spaa, 7. Juli. Wie belgische Blätter melden, sind fast 300 ausländische Journalisten in Spaa anwesend, was natürlich eine vollkommene Überlastung des Telegraphen- und Telephonverkehrs zur Folge habe.

Zürich, 7. Juli. Der Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" in Spaa meldet, obwohl die Vereinigten Staaten nicht an der Konferenz teilnehmen, wäre es falsch, deren Bedeutung zu verleugnen. Wenn man in Spaa zu einem Abkommen gelange, werde Amerika bereit sein, Europa mittels einer Privatanleihe zu Hilfe zu kommen. Im anderen Falle aber werde die Gemeinde dazu abnehmen, weil das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Europas verschwinden würde. Lloyd George beachte das wohl und auch Belgien gebe sich darüber Rechenschaft.

Paris, 7. Juli. Der Ministerpräsident Millerand hat heute morgen in Spaa die Journalisten empfangen. Mit sichtlich gutem Humor berichtet er über die geistige Sitzung und den Meinungsaustausch mit den Deutschen. Der Ministerpräsident befiehlt darauf, daß die Deutschen die Daten und die Pläne für die Demobilisierung ihres Heeresbestandes liefern müßten. Die Frage sei gestellt und die Antwort müsse genau gegeben werden. Millerand gab dann seine Meinung über die deutschen Delegierten und bestätigte, daß der allgemeine Eindruck ein guter sei, vor allem für den Reichswehrminister Herrn Gehler, der vollkommen bona fides zu sein scheine. Herr Simons, der Minister des Auswärtigen, ist „le plus malin“. Herr Fehrenbach ist nach Ansicht des Herrn Millerand ein guter Schwurgerichtsverteidiger. Herr Millerand glaubt, daß es verhältnismäßig doch schnell gehen werde und daß die prinzipiellen Fragen ihre Erledigung finden werden, die Details würden dann später kommen. Aber man würde von Spaa nicht fortgehen, bevor die gestern angeführten Punkte nicht vollständig diskutiert worden seien und die Deutschen nicht das Protokoll über diese vier Punkte unterzeichnet hätten, d. h. die Entwaffnung, die Kohlenfrage, die Reparationsfrage und Danzig.

Spaa, 7. Juli. Mein persönlicher Eindruck ist, daß die Konferenz an der Militärfrage nicht mehr scheitern kann, denn Dr. Simons will unter allen Umständen ein praktisches Resultat, ebenso Lloyd George. Da die deutsche Delegation hier nicht hinter Sack und Pack wohnt, dürfte man wohl sehr bald nicht mehr bloß auf den politischen Instinkt und auf die Erkenntnis der Unaufdringlichkeit der Folgen eines militärischen Konflikts angewiesen sein. Beispielsweise hat General Malcolm das deutsche Hotel unmittelbar nach der französischen Sitzung besucht, wo ein deutscher Vorschlag unter Lloyd Georges Androhung des Abbruches gefordert wurde. Es besteht eine gute Fühlungnahme. Der deutsche Vorschlag ist zwar wegen der großen Fristen abgelehnt worden, aber schon heute steht fest, daß eine Dreimonatsfrist bewilligt werden darf, denn Lloyd George hat diese Frist nicht grundlos

genannt. Wir haben keinen Grund, die Alliierten an diese Frist zu binden. Diskutieren die Alliierten die Dreimonatsfrist, so würde das bedeuten, daß ein gütliches Übereinkommen in der Militärfrage unmöglich war. Diese Auffassung scheint in den nichtfranzösischen Kreisen, besonders den Engländern, vorzuherrschen. Man kann aber auch bezweifeln, daß die Franzosen die Konferenz an der Militärfrage scheitern lassen möchten, etwa deshalb, weil ihnen die Erörterung der Wirtschaftsfragen einen unerwünschten Verlauf verspräche.

(Frankfurter Zeitung)

Gens, 8. Juli. Nach den in den heutigen französischen Zeitungen vorliegenden Berichten über die Verhandlungen der Konferenz in Spaa darf man annehmen, daß der schwierigste Moment in der Behandlung der Entwaffnungsfrage überwunden ist. Dieser Erfolg ist besonders dem Geschick des Ministers des Innern, Simons, zu verdanken, der sich in der Aussprache mit Lloyd George als ein durchaus gewandter und eindringlicher Redner erwiesen hat. Besonders scheint man auf Seiten der Entente aus den gestrigen militärischen Sonderverhandlungen den Eindruck gewonnen zu haben, daß Deutschland seine geheimen Rüstungen nicht fortsetzt und daß es tatsächlich, was seinen Materialbestand anlangt, nicht mehr als gefährlich angesehen werden kann. Die französischen Zeitungen nehmen an, daß es in Bezug auf die Termine für die Enthaltung der Reichswehr zu einem Einvernehmen kommen wird. Sie legen deshalb auch den Ankündigungen gewisser Londoner Zeitungen, daß eine erneute Besetzung von Frankfurt sowie Heidelberg und Mannheim in Aussicht genommen sei, keinen besonderen Wert bei.

Wichtige Besprechungen der deutschen Delegierten.

Spaa, 7. Juli. (W.T.B.) Reichskanzler Fehrenbach konferierte heute vormittag mit Simons und Dr. Gehler über die von den Alliierten geforderte genaue Beantwortung der in der Entwaffnungsfrage gestellten Anfragen. Die Diskussion war lange und lebhaft, da die Sachverständigen nicht geneigt schienen, eine Reduktion zu prüfen. Es scheint aber, daß man auf Seiten der Regierung geneigt ist, Zugeständnisse zu machen. Es handelt sich nur darum, in welcher Weise. Hier muß sich, wie man in deutschen offiziellen Kreisen bemerkt, die Autorität des Reichskanzlers zeigen.

Berlin, 7. Juli. Wie die Blätter berichten, begeben sich heute auf der Reichskommissar Stütz und der Generaldirektor Röntgen zu den Verhandlungen nach Spaa. Weiter gehen die Arbeiterführer Hue, Imbusch und Pieper unter Führung des Regierungsrats Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium nach Spaa.

Spaa, 7. Juli. (W.T.B.) Zur Teilnahme an den Beratungen über die Kohlenfrage, die voraussichtlich alsbald beginnen werden, sind von der deutschen Regierung als Sachverständige noch folgende Herren dringlich nach Spaa gerufen worden: Hugo Stinnes, Geheimrat Hilger, Geheimrat Arnhold und Lüdken.

Spaa, 7. Juli. (W.T.B.) Seit gestern herrscht in den Anenthaltsräumen der deutschen Delegation rege Tätigkeit. Man versichert, Gehier habe seinen Kollegen Vorwürfe gemacht, daß man ihn nach Spaa haben kommen lassen. Die Minister verhandeln heute mittag mit Fehrenbach über den endgültigen Plan, der den Alliierten unterbreitet werden soll.

Berlin, 7. Juli. (W.T.B.) Von einer Berliner Zeitung war in der Ausgabe von Mittwoch abend mitgeteilt worden, es sei in den Kreisen der freien Diplomatie aufgetreten, daß zwar mehrere Vertreter der Reichswehr nach Spaa entlassen würden, daß aber kein Vertreter der Sicherheitspolizei bei den Beratungen anwesend sein solle. Gegenüber dieser Mitteilung wird von zuständiger Seite festgestellt, daß der Referent im Reichswehrministerium des Innern für Angelegenheiten der Sicherheits- und Einwohnerwehr, Geheimer Regierungsrat Schmid, der die einschlägigen Verhältnisse der Sicherheits- und Einwohnerwehr in allen Teilen Deutschlands kennt und mit Institutionen versteht, bereits seit Montag in Spaa anwesend ist.

Pressestimmen.

Der Eindruck der Blätter vom gestrigen Tage über Spaa ist überwiegend der, daß es als ein Erfolg anzusehen sei, wenn es gelinge, die Verhandlungen in Gang zu erhalten.

Die "Politische Zeitung" sagt, es sei anzunehmen, daß man die Heeresfrage in irgend einer Weise gelöst werde, ohne den weiteren Verlauf der Konferenz zu gefährden.

Wie der "Vorwärts" meint, habe der Verlauf der gestrigen Tagung die Ansichten der Optimisten gerechtfertigt und tatsächlich bewiesen, daß sowohl auf deutscher Seite wie auch mindestens zu einem Teil auf der gegnerischen Seite der ernste Wille zum Ausgleich besteht. Das Auftreten des Reichsministers Dr. Simons habe wahrscheinlich einen günstigen Eindruck auf die Alliierten gemacht. Lloyd George zeigte sich in seinen Zwischenbemerkungen wesentlich entgegenkommender als am Dienstag. In englischen Kreisen in Spaa sei gestern abend die Aussicht einer Verständigung in der Entwaffnungsfrage nicht ungünstig beurteilt worden.

Dasselbe Blatt nimmt Roti von dem Gerücht, welches in Ententekreisen umgeht, daß im Anschluß an die ersten Hauptberatungen die Konferenz später nach Ostende verlegt werden solle.

Das "Berliner Tageblatt" sagt, die Diskussion über die Entschädigungsfrage werden vermutlich am Frei-

tag beginnen. Auch nach diesem Blatt gehört der Erfolg des gestrigen Tages dem deutschen Minister des Auswärtigen Simons. Er habe in vollendetem Form, und was auch von alliierter Seite anerkannt werde, mit großer Schlagfertigkeit den deutschen Standpunkt vertreten.

Paris, 7. Juli. (WLB.) Gustave Hervé schreibt heute: Es ist vollkommen unmöglich wie es ein Teil unserer Presse tut die öffentliche Meinung gegen Deutschland auszubringen und die alliierten Regierungen dahin treiben zu wollen. Sie hätte vielmehr dem Publikum in allen Ländern die Schwierigkeiten zeigen müssen, denen die alliierten Regierungen gegenüberstanden, um die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln des Friedensvertrages von Deutschland auszuführen zu lassen, auch die Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung hat, sie auszuführen, selbst, wenn sie den besten Willen der Welt aufbringen würde. Hervé weist darauf hin, daß die Dinge sich nicht so abspielen könnten, wie 1871, denn die Lage von 1871 könne mit der von 1920 nicht verglichen werden.

Ende der Konferenz am Samstag.

Weiterberatungen in Ostende oder London.

Paris, 8. Juli. Nach französischen Blättern traten gestern abend die militärischen Sachverständigen zu einer Sitzung zusammen, um die Ziffern festzustellen, für die Sicherungen, die von Deutschland gemacht sind resp. noch zu machen sind. Bei der Marineabteilung wurde festgestellt, daß Deutschland 3 Kriegsschiffe von 10 zu liefernden, 3 Kreuzer von 13, 16 Zerstörer von 25 und 50 Torpedoboote von 50 noch zu liefern hat. Die von der deutschen Delegation vorgebrachten Entschuldigungen: Mangel an Kohle und Personal, werden von den anwesenden Sachverständigen als genügend angesehen. Bezuglich der Ablieferung im Luftfahrtwesen wurde festgestellt, daß 150 von 400 zu liefernden Flugzeugen geliefert wurden. Zerstört sind 4000 von 7500 zu zerstörenden. Die deutsche Regierung hat 24000 Motoren angegeben. Gefertigt wurden bis jetzt 500. Es sind noch zu liefern 500. Zerstört sind 10000 Motoren von 12000 zu zerstörenden. Die Zeit war sehr vorgeschritten, so daß die Diskussion der Ziffern des Materials des Landheeres gestern abend nicht beendet werden konnte.

Zu derselben Zeit, in welcher die deutschen und fremden militärischen Sachverständigen über die Gegenseite unterhandelten, haben sich die Chefs der alliierten Generalstäbe unter dem Präsidium des Marshalls Foch vereinigt, um über die Methoden zu beraten, die eingehalten werden sollen bei der weiteren Ablieferung des Materials und über die Fristen, in denen dies zu geschehen habe. Heute um 11 Uhr werden sich die Alliierten vereinigen, um die Frage der Sicherungen zu studieren, falls Deutschland den Vertrag nicht ausführt. Mittags werden die Alliierten der deutschen Delegation ihre Entschließungen bekanntgeben.

Aus Brüssel wird nach Paris gemeldet, daß nach Zeitungsmeldungen die Konferenz von Spa wahrscheinlich am Samstag abend beendet werde. Es sei beabsichtigt, die Diskussion über die Nebenfragen in Ostende oder gar in London fortzusetzen. Es heißt weiter, daß das Arbeitsprogramm, welches von der deutschen Delegation vorgeschlagen worden ist, im Prinzip von den Alliierten angenommen sei. Danach würde am Donnerstag abend die erste Lesung der Fragen der Entwicklung, der Wiedergutmachung, der Kohlen und der Sicherungen beendet sein. Die zweite Lesung könnte dann am Samstag erfolgen, so daß die Diskussion am Samstag abend geschlossen werden könnte.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 7. Juli. Die kommunistischen Abgeordneten Frau Zetsch und Dr. Levi haben im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, in der sie auf die Pressemitteilung hinweisen, daß die Ententemächte angesichts des militärischen Zusammenbruchs Polens an Deutschland das Eruchen stellen werden, Truppen durch Deutschland zur Unterstützung Polens zu führen und die Regierung fragen, ob sie Truppentransporte durch Deutschland dulden werde.

Deutsche Treue in Schlesien.

Liegnitz, 7. Juli. (WLB.) Tausende Liegnitzer Bürger protestieren feierlich gegen die Machenschaften der Feinde in Oberschlesien, in Ost- und Westpreußen und geloben, die gefährdeten Landesteile nach Kräften zu unterstützen, um

ihre Verteilung vom Deutschen Reich zu verhindern. Der Verein heimatstreuer Oberschlesiener und Ost- und Westpreußen, Ortsgruppe Liegnitz.

Die Bekannten 10 Prozent und die U. S. P. D.

Magdeburg, 7. Juli. (WLB.) Nach Mitteilung der Pressestelle des Oberpräsidiums hat die gestrige Konferenz der Parteifunktionäre der U. S. P. D. der Vorstände der Gewerkschaften, der Mitglieder des Gewerkschaftsrates und der Obmanns der Betriebsräte sämtlicher Betriebe in Halle den Generalstreik wegen des Steuerabzugs erklärt.

Magdeburg, 7. Juli. (WLB.) Die Pressestelle des Oberpräsidiums meldet: Im Gegenzug zu dem gestern in Halle gefassten Beschluß der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der U. S. P. D. wegen des Steuerabzugs nicht in den Generalstreik zu treten, brachten kommunistische Elemente mittags sämtliche Gruben des Geiseltals (Merseburg-Weißenfels) mit Ausnahme der Eacilengrube zum Stillstand. Hier wird als Streitgrund der Steuerabzug angegeben.

Aus Württemberg.

Stuttgart, 7. Juli. (WLB.) In der heutigen Sitzung des Landtages gab die neue württembergische Regierung durch den Staatspräsidenten Dr. v. Hieber ihr Programm bekannt. Als Richtlinien wurden aufgestellt: Erhaltung von Ruhe und Ordnung, enge Zusammengehörigkeit von Land und Reich, wirtschaftlicher und finanzieller Wiederaufbau, ehrliche Bevölkerung und der Versuch inneres Ausgleichs, auf der Grundlage des rücksichtslosen Bekenntnisses zur Verfassung und ihres unbedingten Schutzes.

Polen.

Warschau, 7. Juli. Der Durchbruch der bolschewistischen Armee an der Nordfront fand zwischen Drywiaty- und Ustjaz-See statt. Die Bahnlinie Dinaburg-Wilna scheint aber nicht erreicht zu sein, vielmehr ist die Aktion in südöstlicher Richtung abgelenkt worden, wo noch Kämpfe in der Linie Minima-Flusses der Rückzug der Polen auf eine bis jetzt unbekannte Stellung erfolgte. An der Polnisch-Front finden andauernde Kämpfe statt, die bestigten an der unteren Berezina. Auch wird westlich von Rowno gekämpft. Der Regierungsauftrag, der die Freiwilligen im Alter von 17 bis 42 Jahren ruft, wird von allen Parteien, von der äußersten Rechten bis zur Bauernlinken, unterstützt. Die Universitäten schließen. Die Bischöfe Polens rufen das Volk gegen den Feind des Vaterlandes und der Kirche auf. Das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei Polens veröffentlicht heute eine Erklärung, in der die Verteidigungspflicht während des Krieges betont wird, in der jedoch die Forderung an die Regierung gerichtet wird, sofort Friedensverhandlungen der Sowjetrepublik vorzuschlagen.

Warschau, 7. Juli. (WLB.) In dem polnischen Generalstabssbericht vom 6. Juli heißt es: Auf dem nördlichen Frontabschnitt entwickeln sich die bolschewistischen Angriffe weiter fort. Unsere Infanterieabteilungen haben nach erbitterten Kämpfen die Linie Luschi-Płissace-Borjiza-Minutasfluss erreicht und gehen beispielsgemäß in südöstlicher Richtung zurück. Sie konnten den angreifenden Abteilungen des Feindes außerordentlich schwere Verluste beibringen. Infolge der Standhaftigkeit unseres Gegners wurde der Feind gezwungen, seinen unmittelbaren Druck auf unsere zurückliegenden Abteilungen aufzugeben. An der Berezina haben wir an einigen Stellen in günstig verlaufenen Ausfällen das Material, das der Feind zum Brüdenbau bereit gestellt hatte, zerstört. In Polen sind erbitterte Kämpfe, die sich besonders im nördlichen Abschnitt in der Gegend der unteren Berezina zur größten Anspannung steigern. Abteilungen der berittenen Armee Budjannys haben gestern Rowno genommen und unsere Abteilungen zum Weichen gezwungen.

Warschau, 8. Juli. (WLB.) In der gestrigen Sitzung des Sejm brachte der Abgeordnete Gyl einen Dringlichkeitsantrag ein, der verfassunggebende Sejm möge an die Parlamente der verbündeten Mächte einen Aufruf ergehen lassen, um die Volksabstimmung hinauszuschieben. Der Antrag wurde mit sehr bedeutender Mehrheit angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß die Bewohner der Volksabstimmungsgebiete, die durch das

Ergebnis der Volksabstimmung der Republik zufallen werden ohne Rücksicht auf ihre Nationalität von der Militärdienstpflicht für acht Jahre frei sein sollen.

Berlin, 7. Juli. Wie der „Berliner Volksaufzug“ aus Königsberg meldet, ist in Weißrußland gegen die Polen ein Krieg ausgetragen, der die rückwärtigen Verbindungen der polnischen Armee bedroht. Die Eisenbahnbrücke auf der Strecke Jassen-Benitzk ist in die Luft gesprengt worden.

Berlin, 8. Juli. Nach dem neuesten polnischen Bericht wurde im Süden die erste polnische Armee zum Rückzug gezwungen. Ebenso muhten sich polnischen Heerestellen in Polen nach starkem bolschewistischen Ansturm zurückziehen. Längs der ganzen Berezina bereiteten die Bolschewisten einen Generalangriff vor, der jeden Augenblick beginnen kann. Bei Rowno dauern die schweren Kämpfe fort. Bolschewistische Kavallerie hat die Bahnlinie Rowno durchbrochen und ist im Rücken der polnischen Heerestellen erschienen. Amerikanische Blätter wollen wissen, ob Polen die Waffen gestreckt und die Bolschewisten um Gnade gebeten haben.

Ungarn und der Boykott.

Budapest, 7. Juli. (WLB.) Rott-Büro. Der einer Woche andauernde Transportboykott verursachte hier nicht die geringste Störung oder Änderung des Lebens Ungarns. Die einzige sichtbare Wirkung ist die seitliche Verbesserung der Versorgung der Hauptstadt der Provinzländer, da die für Österreich bestimmten Obstsorten auf den inländischen Markt geworfen so daß die Preise in kürzester Zeit auf ein Drittel vorwiegendlichen Standes sinken. Die Bevölkerung ist ja so zufrieden, daß bereits Stimmen laut werden, man dies Verhalten zu Deutsch-Oesterreich unabhängig vom Boykott andauern lassen. Bezuglich des ausländischen Postlehr versagte der Handelsminister, daß Postsendungen Telegramme über Österreich ins Ausland nicht annehmen werden können. Nach der Tschecho-Slowakei und über ins Ausland können Sendungen angenommen werden, die genannten Länder sich dem Boykott nicht angeschlossen haben.

Was eine Wiener Zeitung Treffliches sagt.

Wien, 6. Juli. (WLB.) Die „Arbeiterzeitung“ schreibt: Es ist seit drei Jahrhunderten das Prinzip der französischen Machtpolitik, daß die Herrschaft Deutschlands das von Frankreichs sei. Auch jetzt hat es das alte Ziel des französischen Imperialismus, das deutsche Volk zur Auflösung zu bringen und es in jenen Zustand der Kleinstaaten zurückzuführen, in dem es vom Westfälischen bis zum Frankfurter gelebt hat; es zurückzuschleppen in die Zeit, wo Frankreich, Niederländer, Schweden, Spanien und Russen auf dem Boden ihre Kriege ausfochten und in denen Deutschland zerstellt und zerstört, die Beute aller Nachbarn war. Wegen der Widerstand der angelsächsischen Mächte und Italiens gegen französische Imperialismus behindert hat, dieses Ziel in Vierzeilen zu erreichen, so hoffen die französischen Intelligenz, doch ihre Stände noch schlägt. Wenn es Klassenkampf in Norddeutschland bis zum Bürgerkrieg reicht, dann, so hoffen sie, fällt der agrarisch-klerikale Süden des Industrie- und sozialistischen Nordens ab. Dann böte der Krieg gegen den Bolschewismus einen willkommenen Vorwand für Marsche über den Rhein, dann kann das Reich zerstört werden.

Zeitungsnöte auch in Frankreich.

Paris, 6. Juli. Da auch in Frankreich beständig nehmende Kriege im Zeitungswesen ist durch das glücklich erfolgte Verschwinden von drei argen französischen Zeitungen offenbar geworden. Das Pariser Bonapartistische „L'Ordre Public“, das im vorigen Jahre von dem letzten Murat-Eckling begründet wurde, hat sein Erscheinen 1. Juli einstellen müssen. Aus Bordeaux wird das Organ des konservativen „Nouvelliste“, eines der ältesten und bestens Provinzblätter Frankreichs, gemeldet. In Bordeaux erscheint das royalistische Organ „Le Memorial des Pyrenees“, seit 117 Jahren herauskommt, sein Erscheinen ein. „Nouvelliste de Bordeaux“ weist in seinem Abschiedswort auf hin, daß der Verkaufspreis der Zeitung in seinem Verhältnis zur Steigerung des Papierpreises von 28 %

Ihr spähender Blick bohrte sich, förmlich in sein schwarz beleuchtetes Gesicht. Heidlos machte eine ungestaltete Bewegung.

„Woran soll ich denken als an meine Patienten?“

„An alle oder nur an — eine?“ fragte Daniela.

„In Augenblick natürlich nur an eine!“

„Dann ist es gewiß die Fürstin Laban!“

Er sah sie bestremdet an. Ton und Blick waren ausgesetzt.

„Was soll das, Daniela? Wie kommt du genau die Fürstin?“

„Ich verstell dich doch nicht so! Als ob ich wüßte, daß sie deine Gedanken unaufhörlich beschäftigt sie dir mehr gilt, als alle andern zusammen!“ rief ausflammender Eifersucht.

„Daniela!!!?“

„Ich bin überzeugt, sie ist in dich verliebt!“ rief niela trocken heraus.

Er erhob sich. Auf seinem Gesicht lag eine zärtliche Eifersucht! Also auch damit singt sie nun an. Sollte er denn nie Ruhe haben daheim?

„Ich muß dich ernstlich bitten, solche albernen Behauptungen könnten gewenigstens für dich zu behalten!“ sagte kalt. „Die Fürstin war meine Patientin und forderte aus Danbarkeit, wo sie kann, wofür ich ihr natürlich wisse Rücksichten schulde. Im übrigen ist sie immer noch leidend und mir als Weib völlig gleichgültig.“

Sein bestremter Ton beruhigte Daniela halbwegs, sagte aber doch noch:

„Kannst du mir dies schwören?“

„Gewiß — wenn ein Schwur in dieser Angelegenheit nicht lächerlich wäre!“

Daniela wußt sich an seine Brust.

„Bergib — ich habe dir doch lieb! Ich bin auf Lust eifersüchtig, die du atmest!“

„Das mußt du dir aber abgewöhnen, Dana, es töricht!“ antwortete er, mechanisch ihr Haar streichelnd.

„Und an wen hast du also vorhin gedacht?“ rief sie, unruhig zu ihm aufsehend.

(Fortsetzung folgt.)

Lodernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

„Ich aber sah sie groß an, unterdrückte einen Seufzer und wurde noch schweigsamer.“

„Ach, du willst du noch weiterreden?“ sagte er nun. „Wer hat denn erzählt, daß Dallariova deiner Schwester so aufstellend der Hof macht?“

„Mama. Sie ist ganz bekümmert darüber. Erstens, weil Dallariova deswegen mit ihrem Manne oft Streit hat, und zweitens, weil sie fürchtet, es könnte darüber gesprochen werden.“

„Und warum steht deine Schwester den dreisten Patron nicht einfach vor die Tür?“

„Ach, sie denkt sich ja gar nichts Böses dabei! Sie sagt, sie amüsiere sich bei Dallariovas närrischen Einfällen viel zu gut, um ihm den Laufpass zu geben. Auch ist er sehr in der Mode jetzt und es schmeidet ihr, daß er ihr Bild malen und im Künstlerhaus ausstellen will. Freilich, wenn er jetzt auch Lou Meister — du, Egon, diese kleine Meisterin — überall Future, wohin sie kommt! Ich sage dir, man reicht sich förmlich um sie! Sie ist aber auch zu niedlich und schwach in ihren Pariser Toiletten! Ihr Geplauder ist von hinreißendem Charme und die Lebenslust pridelt ihr förmlich in allen Gliedern! Findest du sie nicht auch reizend?“

„Hm — nicht sehr! Ich halte sie, unter uns gesagt, für eine Todeskandidatin.“

„Was fällt dir ein! Sie ist ein zartes Dingelchen, aber lernfähig! Wie hielte sie sonst dies Leben auch aus? Reinen Abend daheim, den halben Abend auf Besuchstouren, Konzerten, am Glasplatz und Gott weiß wo sonst noch. Wera, die robuste Wera, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, sie mit wahrer Gouvernantengewissenhaftigkeit zu beschützen — läufigs komisch, nicht? — Da Lou Mann meist durch Arbeit verhindert ist, Frau Lou zu begleiten, sagte mir heute, daß sie schon halbtot sei von dieser Heißjagd!“

„Um so rascher wird sich Frau Lou zu Tode leben! Die Körte von Rechts wegen aufs Land bei Milch- und Viegeluren.

Dann wäre sie vielleicht noch zu retten. Ihr ganzer Habitus deutet auf Überstufeoveranlagung hin.“

„Aber sie hat ja gar keinen Husten!“

„Das beweist gar nichts. Viele Menschen sehn blühend aus, husten nie und tragen doch den Todesleim längst in der Brust, ehe sie eine Ahnung davon haben. Dann geht es dafür desto rascher. Frau Lou große, glänzende Augen und die Rosen auf ihren Wangen sonnen mit gleich verdächtig vor.“

„Aber das wäre ja schrecklich! Du, und nun denke bloß: Jolde, die sich ansangs mit förmlicher Begierde um Lou annahm, ist sie nun heimlich spinnende und möchte sie gerne los werden, wenn sie nur könnte. Denn Dallariova will Lou Meister ebenfalls malen — der hat immer eine Rose für das, was gerade Mode ist. Vorigen Winter, als Jolde bei dem großen Wohltätigkeitsfest in den lebenden Bildern mitwirkte und den ersten Schönheitspreis bekam, machte er sich gleich an sie heran. Jetzt, wo die Gesellschaft in Bewunderung für die kleine Polin fast erstirbt, macht er natürlich auch mit! Ich halte gar nichts von Dallariovas Charakter, mußt du wissen! Aber Lou fühlt sich sehr geschmeidelt — sie ist überhaupt riesig eitel! Ihre Schönheit und das alte Adelsgeschlecht, dem sie entstammt, machen sie fürchterlich einbildet. Sie lädt sich auch überall „Gräfin“ nennen, obwohl sie es doch gar nicht mehr ist, seit sie Roland Meister heiratete — aber ich glaube, Egon, du hörst schon wieder nicht zu!“

Er hörte in der Tat nicht mehr zu. Eine schlaftrige Müdigkeit war über ihn gekommen bei diesem unermüdlichen und ihn so gar nicht interessierenden Geplauder, womit Daniela ihn zu unterhalten suchte.

Was ging ihr das alles an? Es lag ihm so fern. Er wäre am liebsten schlafen gegangen, wagte aber nicht, sie zu unterbrechen.

Daniela stand auf und drehte ärgerlich die Lichter aus.

„Nun will ich aber doch endlich wissen, woran zu denkt?“ sagte sie mißtrauisch. „Wer weiß, wo deine Gedanken sind, während ich mir vergeblich Mühe gebe, deine Aufmerksamkeit zu fesseln?“

Franken pro 100 Kilogramm, zur Erhöhung der Drucker- und Scherlöhne von 9 auf 25 bis 26 Franken täglich und zur Preisesteigerung für alle Rohstoffe stehen.

Rußland und England.

Amsterdam, 7. Juli. (WTB.) Der „Daily Herald“ gibt sich aus Christiania melden, daß Krassow nach Moskau mit einer Note Lloyd Georges gegangen sei, in der dieser vorschlage, daß Rußland und England beiderseits die Feindseligkeiten einstellen und sich jeder Propaganda oder jeder Unmündigkeit in die inneren Angelegenheiten der anderen enthalten sollten. Die Note erwähnt nichts von den von der früheren russischen Regierung eingegangenen Schulden, sondern verlangt nur, daß die Räteregierung die Schulden für die Waffenlieferungen und die sonst geleisteten Dienste akzesse.

Die englischen Bergarbeiter.

London, 7. Juli. (WTB.) In einer Rede auf der Jahrestagung des Bergarbeiterbundes von Großbritannien sagt Smillie: Wenn die Regierung nicht den Preis für Hausbrand vermindert, so müssen die Bergarbeiter von ganzem verfügbaren Lebeschutz für eine Steigerung der Löhne beanspruchen. Die Bergarbeiter werden die neue Vorlage über die Bergarbeiter in leichter Form annehmen.

Aus den Vereinigten Staaten.

San Francisco, 7. Juli. (WTB.) Der Gehilfe des Marineministers, Franklin Roosevelt, ist vom demokratischen Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten gewählt worden.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 9. Juli 1920.

Mieterschutzbestrebungen. Am 4. Juli 1920 fanden sich die Vertreter fast sämtlicher deutscher Mietervereine in Dresden zusammen und hielten einen außerordentlichen Bundesrat ab. Auch der hiesige Mieterverein hat zu dieser Tagung seinen 1. Vorsitzenden, Herrn Schmelz, hierzu entsandt. Neben der Beratung der Bundesabgängen, da sich sämtliche deutsche Staaten zu einem Reichsbund zusammengeschlossen haben, wurden acht Entschlüsse, die Höchstmieten, Mietsteuer, Mieterrat, Mieteintigungsämter usw. behandeln, angenommen und den zuständigen Reichsbehörden überwandt. Die Mietervereine der einzelnen Länder sind nunmehr in Provinzen (Gau) eingeteilt und bilden die Landesverbände. Limburg gehört zu dem Provinzialverbande in Frankfurt. Auf die Einzelheiten wird später nochmals zurückgekommen. Soviel steht fest, daß die Verhandlungen auf dem Bundesrat in Dresden in echtem Geiste geführt, wobei beiden Teilen Rechnung getragen wurde, so daß gezeigt werden darf, daß dies von Mietern, wie Hausbesitzern voll und ganz Würdigung verdient.

Drohende Katastrophe im Weinbau. Die wirtschaftliche Lage wirkt jetzt auch auf das Weingeschäft. In allen Weinorten des Rheingaus kommen Meldungen von merklichen Preistürmen, denen ein völliges Ver sagen der Nachfrage folgt. Weinversteigerungen, die in diesen Tagen in Eltville, Hattenheim und Oestrich abgehalten werden sollen, wurden abgebrochen werden, da die Käufer eine außerordentliche Zurückhaltung übten. Fachmänner teilen mit, da beim Fortsetzen des Preisturms eine Katastrophe im Weinbau ausbleiblich sei.

Rusel, 7. Juli. Dem Kreiswohlfahrtsamt Oberlahn sind bis jetzt folgende Abteilungen angegliedert: 1) Amtlich: Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegsüberlebende, 2) Fürsorgestelle für Flüchtlinge, 3) Kriegsgefangenenheimliche (Fürsorgestelle für zurückkehrende Kriegsgefangene), 4) Muttererziehungsstelle, Fürsorgestelle für Säuglinge, Sieckinder und uneheliche Kinder, 5) Fürsorgestelle für Jugendlose, 6) Fürsorgestelle für bedürftige Kranken und Sieche, 7) Krüppelsfürsorge, 8) Auskunfts- und Vermittlungsstelle für Ansiedlungen, 9) Rückwandererhilfe und Verein für Deutschtum im Ausland, 10) Auskunftsstelle des Arbeitsmarktes Limburg für den Oberlahnkreis, 11) Geschäftsstelle des Zweigvereins vom Roten Kreuz. Die Speichstunden sind vor mittags von 9—12 Uhr.

Bad Ems, 8. Juli. Streit im Kurbetrieb. Die Angehörigen und Arbeiter der staatlichen Bade- und Brunnenbetriebe sind gestern nachmittag infolge Bohrstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Der Vorsitzende des Betriebsrats, Bürovorsteher Straube ist nach Berlin gereist, um vor den zuständigen Ministerien eine schriftliche Regelung der Sach herzuführen. Es ist zu hoffen, daß im Interesse des Kaiserreichs die Verhandlungen zu einem schnellen und befriedigenden Ergebnis führen.

Altenkirchen, (Westerwald), 8. Juli. Dieser Tage gelang es der Untersuchungskommission Limburg (Eisenbahn-Armee-Polizei) eine große Anzahl Eisenbahntäuber auf der Oberwesterwaldbahn zu ermitteln. In vielen Fällen haben die Täter welche dieses Unwesen schon über ein Jahr betrieben, die Heraubungen der Wagenladungen mit Eisenbahngütern, eingestanden und auch den schwunghaften Handel mit den erbeuteten Waren als Manufakturwaren, Jeder, Kasse, Chocolade, Leder, Tabak u. dgl. zugegeben. Schon am ersten Tage der Untersuchung wurden vier dieser Gejagten während der Nacht dem Gefängnis zugeführt. Die Täter waren bei der Station im Rangieren und in sonstigen Dienstweichen beschäftigt und sind sogleich nach Feststellung der Tat vom Dienst entlassen worden. Das Gericht wird ihnen den gebührenden Denkzettel anhängen.

Berlin, 7. Juli. Auf dem Potsdamer Wochenmarkt kam es zu einer regelrechten Schlacht zwischen den Werderischen Bauern und den Käfern. Obst und Eier wurden auf die Straße oder den Bauern über den Kopf geschüttet.

Königsberg i. Pr., 7. Juli. (WTB.) Auf dem alstädtischen Markt und auf dem Fischmarkt wurde heute früh eine Anzahl Verkaufsstände geplündert, und die Verläufer mißhandelt. Als die Verläufer auch die Schuhgeschäfte zu plündern drohten, erschien ein starkes Aufgebot von Sicherheitspolizei mit Maschinengewehren und säuberte die Straßen.

Graz, 7. Juli. In mehreren Gemeinden der östlichen Steiermark sind schwere Wollenbrüche niedergegangen, die Feldern Brüden und Häusern ungeheure Schaden anrichten. Sämtliche Telefon- und Telegraphendrähte sind zerstört. Die Einwohner konnten oft nur mit Mühe sich und ihr Vieh retten.

Gerichtsaal.

Strafankertzung vom 6. Juli. Der Heizer Karl Nickel von Weilburg und der Arbeiter Heinrich von da haben aus einem Eisenbahnwagen der zur Aufbewahrung von Werkzeugen diente, 1 Blaichenzug, 1 Holzbücher, 5 Schaufeln, 5 Pinsel, 1 Beine weggenommen. Sie hatten die Tür gewaltsam geöffnet. Nickel erhält 3 Monate, Friedrich 6 Wochen Gefängnis. — Der Schreiner Friedrich Rauch von Sinn soll im Waldt sich widerrechtlich einen Fichtenstamm angeeignet haben. Er war deshalb vom Schöfengericht in Herborn zu 1 Tag Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft legten Berufung ein und erkannte das Berufungsgericht auf 8 Tage Gefängnis. — Der Schreiner Wilhelm Leber und 8 andere Personen, sämtlich Mitglieder des Gemeinderats von Wolfshausen, hatten beschlossen, den Gemeindebulleten, der sich verlegt hatte, zu schlachten und das Fleisch unter die Einwohner von Wolfshausen zu verteilen. Sie hatten aber keine Genehmigung des Landratsamtes eingeholt und wurden deshalb hente ein jeder zu 50 Mt. Geldstrafe verurteilt. — Der Arbeiter Otto Müller in Bad Ems und der Arbeiter Heinrich Hartmann von da haben 2 Schuppen, 2 Bildel, 1 Hache, dem Maurermeister Wahl entwendet. Das Urteil lautet gegen jeden der beiden Angeklagten auf 3 Monate Gefängnis.

Amtlicher Teil.

(Nr. 155 vom 9. Juli 1920.)

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Betrifft: Instandhaltung der Feuerlöschgeräte.

Die bevorstehende Einbringung der diesjährigen Betriebsrente erfordert, daß sich die Feuerlöschgeräte stets in ordnungsmäßigen, gebrauchsfähigen Zustande befinden. Ich ersuche, Ihre Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße hierauf zu richten.

Von der Anstellung von Feuerwehrübungen ist dem Herrn Kreisbrandmeister so rechtzeitig Kenntnis zu geben, daß seine Teilnahme möglich ist. In letzter Zeit wurde dies nicht immer beachtet.

Für die Beschaffung von Hydrantenfest erlaube ich schon jetzt zu sorgen, damit es im Winter bei eintretendem Frostwetter vorhanden ist.

Bis 20. d. Mts. ist mir zu berichten, daß sich die Feuerlöschgeräte in ordnungsmäßigen, gebrauchsfähigen Zustand befinden.

Limburg, den 5. Juli 1920.

Der Landrat.

v. 2153.

Den Ortspolizeibehörden des Kreises lasse ich in den nächsten Tagen je einen Abdruck des Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 9. vor. Mts. — O. 2781 — betreffend Ausstellung von polizeilichen Führungszeugnissen für Ausländer, die in den abgetrennten Gebieten der Provinz Posen, Ost- und Westpreußen wohnen, ohne Anschriften zur genauen Beachtung zugehen.

Limburg, den 5. Juli 1920.

Der Landrat.

v. 2201.

Der Herr Regierungspräsident in Wiesbaden hat die Ausführungsanweisung vom 22. Januar 1903 (R. A. Bl. S. 51) zu der Polizeiverordnung betreffend Zaps- und Druckvortrichtungen beim gewerbsmäßigen Bierauschank, wie folgt, abgeändert:

Abschnitt III. Ziffer 1 erhält folgenden Zusatz:

„In Landkreisen erhalten die Sachverständigen außerdem, sofern sie die Untersuchung in einer größeren Entfernung als zwei Kilometer von der Grenze ihres Wohnortes abgerechnet haben, vornehmen müssen, Reisefosten nach den im Abschnitt III Ziffer 2 b dieser Anweisung genannten Grundjahren.“

Wiesbaden, den 12. Juni 1920.

J-Nr. Pr. I. 15 A. 1576. — Der Regierungspräsident.

Mit Bezug auf meine Verfügung vom 10. April 1920 — L. 1141 — gebe ich hieron Kenntnis.

Limburg, den 5. Juli 1920.

L. 2062.

Der Landrat.

Diesenigen Herren Bürgermeister des Kreises welche noch mit der Erledigung meiner Verfügung vom 26. Juni 1920 — Kreisblatt Nr. 144 — betreffend Erwerbslosenstatistik im Rückstand sind, werden wiederholt um sofortige Erledigung ersucht. Ich weise nochmals darauf hin, daß Zeichnungen erforderlich ist.

Limburg, den 7. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

Wichtig für Verjüngungsberechtigte und chemische Militärpersonen

Nachdem ab 1. Juli 1920 die Postfreiheit aufgehoben worden ist, müssen alle an die Verjüngungsstelle Limburg gerichteten Postsendungen frankiert werden.

Ablösung unter Reichsdienstfahrt ist unzulässig und zieht Strafporto nach sich.

Limburg, den 2. Juli 1920.

Verjüngungsstelle Limburg.

Belämmnung.

der neuen Fassung der Reichsgesetzordnung für die Ernte 1920.

Vom 21. Mai 1920.

(Schluß.)

IX. Straf- und Strafverschreiten.

S. 79. Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich mit Ausnahme der §§ 58 bis 61, nicht auf die aus dem Ausland eingeführten Vorräte.

S. 80. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft,

1. wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte beiseite schafft, insbesondere aus dem Bezirk des Kommunalverbandes, für den sie beschlagnahmt sind, entfernt, sie beschädigt, zerstört, zur Verarbeitung annimmt, verarbeitet, verarbeitet läßt, verbraucht oder sonst verwendet,
2. wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte verläßt, faßt oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abschließt oder wer den Vorschriften des § 4 Abs. 1 zuwiderhandelt,

3. wer die zur Erhaltung, Verwahrung und Pflege der Vorräte erforderlichen Handlungen pflichtwidrig (§§ 5, 47) unterläßt,

4. wer den Vorschriften im § 8 a Satz 2, 3, § 9 Satz 2 oder den auf Grund der §§ 8 a, 9 Satz 1 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt oder wer Betreide zu Saatzwecken verläßt oder faßt, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß es nicht zu Saatzwecken bestimmt ist,

5. wer den gemäß § 18 Abs. 1 g erlassenen Bestimmungen zuwider ausmäßt oder ausmählt läßt,

6. wer den auf Grund des § 19 Abs. 1 erlassenen Bestimmungen über die Herstellung, den Vertrieb und die Preise der Erzeugnisse zuwiderhandelt,

7. wer höhere als die festgesetzten Mahlöhne und sonstigen Verarbeitungslöhne oder Vergütungen (§ 53) fordert oder sich versprechen oder gewähren läßt,

8. wer den Vorschriften im § 5 zuwider den Einstritt in die Räume, die Besichtigung, die Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen, die Feststellung der vorhandenen Vorräte oder die Hilfeleistung bei dieser Feststellung oder die Entnahme von Proben oder die Probeverarbeitung oder die Einstellung des Betriebs verweigert oder die gemäß § 19 Abs. 2 § 26 Abs. 3, § 50 Abs. 2 von ihm erforderliche Aufkunft nicht erteilt oder wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,

9. wer den Vorschrift im § 51 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Bewertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält,

10. wer die ihm nach § 3 Abs. 2, § 7, § 10 Abs. 2, § 76 Abs. 1, § 78 a Abs. 1 obliegende Anzeige nicht in der gelegten Frist erstattet oder wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,

11. wer den Vorschriften des § 8 Abs. 1 Nr. 3 zweiter Halbsatz, § 12 Abs. 2, § 49 Abs. 1, 2, § 54, § 55 Abs. 1, § 56 Abs. 1 zuwiderhandelt,

12. wer den Anordnungen zuwiderhandelt, die eine Landeszentralbehörde, eine höhere Verwaltungsbehörde, ein Kommunalverband oder eine Gemeinde auf Grund des § 5 Abs. 3, 4, §§ 58, 59, 61, 62, 63 Abs. 2, §§ 64, 65, 67, 68, 72 Abs. 1 Satz 3, § 73 Abs. 1, § 73 a erläßt oder die nach § 75 in Kraft bleiben.

Der Versuch ist strafbar.

Im Falle der Nr. 9 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Betriebsinhabers ein.

Bei vorläufigem Verschwiegen, Besitzerschaffen, Veräußern oder Versüttern von Vorräten muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem dreifachen Werte der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Neben der Strafe kann in den Fällen der Nrn. 1 bis € 10 bis 13 auf Einziehung des Betriebes oder der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht gemäß § 72 für versäumt erklärt werden sind.

Wenn infolge polizeilicher Untersuchung von Betreide oder daraus hergestellten Erzeugnissen einschließlich Badwaren eine rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung eintritt, fallen dem Verurteilten die durch die polizeiliche Untersuchung erwachsenen Kosten zur Last. Diese sind zugleich mit den Kosten des gerichtlichen Verfahrens festzusetzen und einzuziehen.

§ 81. Ist eine der im § 8 bezeichneten strafbaren Handlungen gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen, so kann die Strafe auf Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark erhöht werden. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 82. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 83. Diese Verordnung tritt am 26. Mai 1920 in Kraft. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt den Zeitpunkt des Auferkosttreitens.

Kreisschweineversicherung.

Aus Anlaß eines Spezialfaktes bringe ich hier nochmals besonders zur Kenntnis der Versicherten, daß die Zahlung der monatlichen Versicherungsbeiträge bis spätestens zum 3. eines jeden Monats erfolgt sein muß.

Nach § 12 des Versicherungsreglements, welches jeder Versicherte in den Händen hat, ruht die Entschädigungsansprüche, der Versicherung, wenn die Zahlung der Beiträge nicht regelmäßig erfolgt. Wenn also beispielsweise am 9. eines Monats ein versichertes Schwein, für welches der Beitrag für den betreffenden Monat noch nicht gezahlt ist, krepiert, so muß die Zahlung einer Entschädigung abgelehnt werden, weil der Versicherte den Bestimmungen des Versicherungsreglements — § 25 — nicht nachgekommen ist.

Um die Versicherten vor selbstverschuldeten Verlusten zu bewahren, liegt es in deren eigenstem Interesse, die kleinen Versicherungsbeiträge rechtzeitig am Anfang eines jeden Monats — spätestens aber bis zum 8. zu zahlen.

Die Herren Beauftragten erlaube ich, die Versicherten bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur rechtzeitigen Zahlung der Monatsbeiträge anzuhalten und sie auch auf die Nachteile, die durch nicht rechtzeitige Zahlung für sie entstehen, besonders aufmerksam zu machen.

Diese Verfügung haben die Herren Beauftragten zu ihren Akten zu nehmen.

Limburg, den 18. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

